

Kantonale Verordnung zum eidgenössischen Tierseuchengesetz

(Vom 25. September 1996)

Der Landrat,

gestützt auf die Artikel 9 und 59 Absatz 1 des eidgenössischen Tierseuchengesetzes (TSG) und den Beschluss der Landsgemeinde vom 7. Mai 1967 betreffend den Vollzug des TSG vom 1. Juli 1966¹⁾,

verordnet:

A. Geltungsbereich

Art. 1

Gegenstand

¹ Diese Verordnung regelt den Vollzug des TSG, soweit er dem Kanton obliegt.

² Diese Verordnung verwendet für alle Vollzugsorgane die männliche Form. Die Begriffe gelten jedoch für männliche und weibliche Vollzugsorgane in gleicher Art und Weise.

B. Aufsicht und Organisation

Art. 2

Vollzugsorgane

Der Vollzug der eidgenössischen und kantonalen Vorschriften über die Bekämpfung von Tierseuchen obliegt folgenden Organen:

dem Regierungsrat,
dem Departement für Finanzen und Gesundheit (Departement),
dem Kantonstierarzt,
den Bezirkstierärzten,
den Kontrolltierärzten,
der Abteilung Umweltschutz und Energie,
den Gemeinderäten,
der Schatzungskommission,
den Fleischkontrolleuren,
den Lebensmittelinspektoren,
dem Bieneninspektor,
den Wasenmeistern,
den Desinfektoren.

¹⁾ GS IX D/633/1

Art. 3

Regierungsrat

Dem Regierungsrat obliegen insbesondere:

- a. die Oberaufsicht über den Vollzug der eidgenössischen und kantonalen Erlasse betreffend die Bekämpfung von Tierseuchen;
- b. die Wahl des Kantonstierarztes, der Bezirkstierärzte, der Fleischkontrollorgane, des Bieneninspektors, der Wasenmeister und deren Stellvertreter;
- c. der Erlass von Vorschriften über die Sömmerung;
- d. die Festsetzung der Entschädigungen für die nebenamtlich in der Tierseuchenpolizei tätigen Funktionäre;
- e.
- f. der Erlass weiterer Bestimmungen über das Veterinärwesen.

Art. 4

Departement für Finanzen und Gesundheit

Dem Departement obliegen insbesondere:

- a. die Aufsicht über die Bekämpfung von Tierseuchen;
- b. die Antragstellung an den Regierungsrat in allen die Tierseuchenpolizei betreffenden Geschäften;
- c. die Führung des Betriebsregisters gemäss Artikel 7 der eidgenössischen Tierseuchenverordnung;
- d. die Erteilung und der Entzug von Viehhandelspatenten;
- e. die Bestellung einer amtlichen Schätzungskommission, bestehend in der Regel aus drei Personen;
- f. der Erlass von allgemeinen Massnahmen zur Bekämpfung von Tierseuchen.

Art. 5

Kantonstierarzt

¹ Der Kantonstierarzt untersteht in Angelegenheiten betreffend Tierseuchenpolizei dem Departement.

² Der Kantonstierarzt leitet die Bekämpfung aller tierischen Krankheiten, die staatlichen Massnahmen unterstellt sind. Er hat insbesondere die in der Bundesgesetzgebung genannten Aufgaben zu erfüllen.

³ Ferner obliegen ihm:

- a. die Einsetzung eines Stellvertreters in ausserordentlichen Situationen; das Einsetzen von Kontrolltierärzten;
- b. der Erlass von Weisungen über die Verwertung von Nebenprodukten der Milchverarbeitung bei Seuchenlagen; der Erlass von fachtechnischen Weisungen;
- c. die Genehmigung der Pläne für Anlagen zur Behandlung von Küchen- und Speiseabfällen;

- d. die Bewilligung von Viehmärkten, Ausstellungen und ähnlichen Veranstaltungen;
die Erteilung von Bewilligungen für das Treiben von Wanderschafherden bzw. der Erlass der entsprechenden Wandervorschriften;
die Erteilung von Bewilligungen zur Entsorgung von Küchen- und Speiseabfällen;
das Erteilen von Bewilligungen für die Verwertung von Fischen und Fischabfällen als Futter für Schweine und Fische;
die Erteilung von Bewilligungen zum Besamen von Vieh;
- e. die Aufsicht über die Viehtransporte;
die Aufsicht über den Viehhandel;
die regelmässige Kontrolle der Betriebe, die Abfälle behandeln und verwerten;
die personelle und materielle Überwachung der Stationen für künstliche Besamungen;
- f. die Auswahl der diagnostischen Laboratorien für amtlich angeordnete Untersuchungen;
die wöchentliche Berichterstattung über Seuchenfälle an das Bundesamt für Veterinärwesen;
das Vorkehren von materiellen und personellen Massnahmen für die Seuchenbekämpfung;
die Bezeichnung der Tierärzte, welche Aus- und Fortbildungskurse für amtliche Tierärzte zu besuchen haben;
die Organisation von Weiterbildungskursen.

⁴ Das Departement kann dem Kantonstierarzt weitere Aufgaben zuweisen, die sein Tätigkeitsgebiet berühren.

Art. 6

Bezirke

¹ Der Kanton wird in drei veterinärpolizeiliche Bezirke eingeteilt:

- a. Unterland, umfassend die Gemeinden Bilten, Mühlehorn, Obstalden, Filzbach, Niederurnen, Oberurnen, Näfels und Mollis;
- b. Mittelland, mit den Gemeinden Netstal bis und mit Mitlödi, Sool und Schwändi;
- c. Hinterland, umfassend die Gemeinden Schwanden bis und mit Linthal und Elm.

² Für jeden Bezirk wird ein Bezirkstierarzt gewählt.

Art. 7

Bezirkstierärzte

Die Bezirkstierärzte überwachen in ihren Bezirken den Tierverkehr, insbesondere die Märkte und den Transport mit Fahrzeugen. Sie melden seuchenpolizeilich oder tierschützerisch mangelhafte Zustände sowohl beim Transport als auch bei der Haltung der Tiere dem Kantonstierarzt. Die

Bezirkstierärzte werden vorwiegend für amtliche Dienstleistungen herangezogen und entschädigt.

Art. 8

Ausübung der tierärztlichen Praxis

¹ Die gewerbsmässige tierärztliche Behandlung ist nur Personen gestattet, welche Inhaber des eidgenössischen tierärztlichen Diploms sind.

² Der Regierungsrat kann Inhabern von gleichwertigen Ausweisen die Ausübung der Praxis gestatten.

Art. 9

Beizug von Tierärzten; Kontrolltierärzte

¹ Die Aufsichts- und leitenden Organe der Tierseuchenpolizei können anderen Tierärzten bestimmte amtliche Funktionen übertragen; in Ausnahmefällen können für die Durchführung der Massnahmen Kandidaten der Veterinärmedizin beigezogen werden.

² Jeder Tierarzt, der in seuchenfreien Perioden staatlich bezahlte Aufträge ausführt (Kontrolltierarzt), ist verpflichtet, auch im Seuchenfall den Amtsorganen zur Verfügung zu stehen.

Art. 10

Verhinderung eines Tierarztes

Ist ein Tierarzt verhindert, eine ihm übertragene Funktion auszuüben, hat er dies baldmöglichst dem Kantonstierarzt zu melden, der die nötigen Massnahmen trifft.

Art. 11

Abteilung Umweltschutz und Energie

Die Abteilung Umweltschutz und Energie meldet dem Bundesamt für Veterinärwesen diejenigen Betriebe, welche tierpathogene Mikroorganismen verwenden.

Art. 12

Gemeinderäte

Den Gemeinderäten obliegen insbesondere:

- a. die Aufstellung der Wahlvorschläge für die Wasenmeister und die Fleischkontrolleure sowie für deren Stellvertreter;
- b. die Überwachung der Massnahmen bei seuchenpolizeilichen Anordnungen;
- c. die Bereitstellung von Personal und Material zur Mithilfe bei der Seuchenbekämpfung;
- d. die Anordnung der für die Durchführung der Viehmärkte und Ausstellungen auf dem Gebiet ihrer Gemeinde notwendigen Massnahmen.

Art. 13–15**

.....

Art. 16

Fleischkontrolleure

Die Fleischkontrolleure haben bei den Probeentnahmen in den Schlachthöfen behilflich zu sein.

Art. 17

Lebensmittelinspektoren

Die Lebensmittelinspektoren kontrollieren Gaststätten und kollektive Haushaltungen sowie Lebensmittelbetriebe in bezug auf die vorschriftsgemässe Entsorgung von Küchen- und Speiseabfällen.

Art. 18

Bieneninspektor

¹ Der Kanton bildet einen Bieneninspektionskreis.

² Der Kantonstierarzt bietet Bieneninspektor und Stellvertreter zu Instruktions- und Ergänzungskursen auf.

Art. 19

Abdeckereiwesen

¹ Der Regierungsrat erlässt eine Verordnung über die Beseitigung von Tierkörpern¹⁾.

² Er ist befugt, Gemeinden zur Benützung von Tierkörperbeseitigungsanlagen zu verpflichten.

Art. 20

Zoonosen

¹ Der Kantonstierarzt meldet das Auftreten von Zoonosen (Tierkrankheiten, welche auf den Menschen übertragbar sind) dem Kantonsarzt, der das weitere anordnet.

² Fälle von Zoonosen beim Menschen sind von dem die Krankheit feststellenden Arzt unverzüglich dem Kantonstierarzt zwecks Untersuchung von verdächtigen Tierbeständen und Anordnungen der nötigen Massnahmen zu melden.

** Art. 13–15 aufgehoben; siehe hinten, Änderung der Verordnung

¹⁾ GS IX D/633/3

C. Verkehr mit Tieren, tierischen Stoffen und anderen Gegenständen**Art. 21****

.....

Art. 22*Märkte und Ausstellungen, Verkehrsscheine*

¹ Jedes auf einen Markt, eine Ausstellung oder Schau aufgeführte Tier der Rinder-, Schaf-, Ziegen- oder Schweinegattung muss von einem gültigen Begleitdokument begleitet sein. Für lokale Viehschauen, die auf eine Gemeinde und ihre Nachbargemeinden beschränkt sind und nicht Merkmale eines Marktes tragen, kann der Kantonstierarzt von dieser Pflicht entbinden.

² Märkte und Ausstellungen anderer Tiere wie Hunde, Katzen, Kaninchen und Geflügel sind von den Organisatoren rechtzeitig und unter Beilage eines Verzeichnisses der Herkunftsorte der auszustellenden Tiere dem Kantonstierarzt zu melden. Dieser trifft von Fall zu Fall die nötigen Massnahmen zur Verhütung von Seuchen.

Art. 23*Viehhandel*

Auf den Viehhandel findet neben den eidgenössischen Vorschriften die interkantonale Vereinbarung betreffend die Ausübung des Viehhandels Anwendung.

Art. 24**Hunde*

¹ Das Halten von Hunden unterliegt polizeilicher Aufsicht.

² Der Regierungsrat setzt die von den Haltern der Hunde zu entrichtenden Taxen¹⁾ fest, wobei zu berücksichtigen ist, wie weit ein Bedürfnis für die Haltung eines Hundes seitens der Allgemeinheit und des Halters besteht.

³ Die Gemeinden besorgen den Einzug der Hundetaxen.

Art. 25**Kennzeichnung und Registrierung*

¹ Die im Kanton wohnhaften Hundehalterinnen und -halter haben ihren Hund auf ihre Kosten nach den Vorschriften der Tierseuchengesetzgebung des Bundes kennzeichnen und registrieren zu lassen.

** Art. 21 aufgehoben; siehe hinten, Änderung der Verordnung

¹⁾ GS VI C/4/6

² Der Regierungsrat bezeichnet die Stelle, bei welcher die mit der Kennzeichnung erhobenen Daten zu melden und zu erfassen sind. Er kann damit eine private Organisation beauftragen.

³ Halterinnen und Halter registrierter Hunde müssen dieser Stelle allfällige Änderungen ihres Namens oder ihrer Adresse sowie Name und Adresse eines neuen Halters oder einer neuen Halterin des registrierten Hundes innert Monatsfrist melden.

Art. 25^a

Zugang zu den Daten; weitere Aufgaben der Registrierstelle

¹ Der Regierungsrat stellt den kostenlosen Zugang der Gemeinden zu den registrierten Stammdaten über die auf ihrem Gebiet gehaltenen Hunde sicher. Er bestimmt diese Stammdaten.

² Die Gemeinden können auf ihre Kosten die Registrierstelle mit dem Einzug der Hundesteuern beauftragen.

³ Der Regierungsrat kann zum Zwecke der Rückführung von gefundenen Hunden weitere Personen und Stellen, wie den im Kanton tätigen Tierärzten, den Polizeistützpunkten oder Tierheimen den Zugang zu den registrierten Daten ermöglichen.

⁴ Er kann den Kantonstierarzt ermächtigen, der Registrierstelle rechtskräftig verfügte Massnahmen zu verhaltensauffälligen Hunden zwecks Anmerkungen im Register zu melden.

Art. 26^{*}

Hundesteuer für Ersatztiere; Rückerstattung

¹ Wenn im Laufe des Jahres ein Hund, für den die Steuer bezahlt ist, stirbt oder dauernd ausserhalb des Kantons verbracht wird, gilt die Steuer für ein an dessen Stelle angeschafftes Tier.

² Die Rückerstattung der halben Steuer ist möglich, wenn das betreffende Tier im ersten Halbjahr abgeht und nicht durch ein anderes ersetzt wird. Rückerstattungsgesuche sind an die Gemeinden zu richten.

Art. 27

Zuschlagsteuern der Gemeinden

Die Gemeinderäte können für jeden Hund, der hinsichtlich der Steuer nicht begünstigt ist, einen Zuschlag zugunsten der Gemeindekasse erheben. Dieser Zuschlag darf höchstens das Doppelte der kantonalen Steuer betragen.

Art. 28

Hausierhandel

Der Hausierhandel mit Tieren der Pferde-, Rinder-, Schaf-, Ziegen- und Schweinegattung sowie mit Geflügel und Kaninchen ist verboten.

Art. 29*Abfälle zur Verfütterung an Schweine*

Betriebe, die sich mit der Verwertung von Speiseresten als Abfallfutter für Schweine befassen, müssen im Besitze einer Bewilligung des Kantonstierarztes sein.

D. Bekämpfungsmassnahmen**Art. 30***Meldepflicht bei Seuchen*

¹ Wer Tiere hält, betreut oder behandelt, ist verpflichtet, den Ausbruch einer Seuche und jede verdächtige Erscheinung, die den Ausbruch einer solchen befürchten lässt, unverzüglich einem Tierarzt, wenn möglich dem zuständigen Bezirkstierarzt, zu melden.

² Bei Bienenseuchen oder Verdacht auf solche ist die Meldung dem Bieneninspektor zu erstatten.

³ Der Meldepflicht unterstehen auch Fleischkontrolleure, Wasenmeister, Polizeifunktionäre, Metzger und Viehhändler.

Art. 31*Vorgehen des Tierarztes*

Ein Tierarzt, dem eine Seuche oder ein Seuchenverdacht gemeldet wird, hat den Sachverhalt unverzüglich abzuklären, dem zuständigen Bezirkstierarzt oder dem Kantonstierarzt seinen Befund anzuzeigen und alles vorzukehren, um eine Seuchenverschleppung zu verhindern.

Art. 32*Massnahmen des Bezirkstierarztes*

Der Bezirkstierarzt, dem eine Seuche oder ein Seuchenverdacht gemeldet wird, hat unverzüglich eine Untersuchung vorzunehmen und bei Feststellung der Seuche die notwendigen Massnahmen anzuordnen. Er erstattet dem Kantonstierarzt Anzeige.

Art. 33*Massnahmen des Bieneninspektors*

Wird dem Bieneninspektor eine Seuche oder Verdacht auf eine solche gemeldet, hat er unverzüglich eine Untersuchung vorzunehmen und bei Feststellung der Seuche die notwendigen Massnahmen anzuordnen. Er erstattet dem Kantonstierarzt Anzeige.

Art. 34

Massnahmen des Kantonstierarztes

Der Kantonstierarzt hat sich sofort über den Stand der Seuche genau zu unterrichten und die bereits getroffenen Massnahmen zu bestätigen, abzuändern oder zu ergänzen.

Art. 35

Desinfektoren

¹ Das Departement bezeichnet eine genügende Zahl Desinfektoren und sorgt für deren Ausbildung.

² Sie sind in ihren Funktionen dem Kantonstierarzt unterstellt.

Art. 36

Bezeichnung von Kontrolltierärzten

Das Departement kann für jeden Rinderbestand einen Kontrolltierarzt bezeichnen, der die vorgeschriebenen Untersuchungen nach den Anordnungen des Kantonstierarztes vornimmt.

Art. 37

Einstellen von Tieren, Kennzeichnung

¹ Alle Klautiere müssen innerhalb von 30 Tagen, spätestens aber vor Verlassen des Betriebes, in dem sie geboren wurden, eindeutig gekennzeichnet sein. Tiere der Rindergattung müssen spätestens 20 Tage nach ihrer Geburt gekennzeichnet und der Tierverkehrsdatenbank gemeldet sein.

² Der Einsteller hat die Kennzeichnung zu prüfen und mit der Eintragung auf dem Verkehrsschein zu vergleichen.

³ Tiere ohne oder ohne genügende Kennzeichnung dürfen nicht eingestellt werden und sind zurückzuweisen. Dasselbe gilt für Tiere, deren Kennzeichnung mit den Angaben auf dem Begleitdokument nicht übereinstimmt.

Art. 38

Meldepflicht von Tuberkulose bei Fleischkontrollen

¹ Stellt ein Fleischkontrolleur, der nicht Tierarzt ist, bei einem Tier irgendeiner Gattung Tuberkulose oder Verdacht darauf fest, hat er unverzüglich den zuständigen Bezirkstierarzt beizuziehen.

² Stellt ein Tierarzt bei einem Tier bei der Fleischkontrolle Tuberkulose oder Verdacht darauf fest, hat er wenn möglich Material zur weiteren Untersuchung sicherzustellen und dem Kantonstierarzt des Herkunftskantons des Tieres sofort Anzeige zu erstatten.

Art. 39*Abklärung von Abortursachen*

¹ Der Tierhalter meldet jeden Abort von Tieren der Rindergattung, die drei Monate oder mehr trächtig waren, sowie jedes Verwerfen der Schaf-, Ziegen- und Schweinegattung dem Kontrolltierarzt. Der Kontrolltierarzt leitet diese Meldung zusammen mit den Angaben über das betreffende Tier unmittelbar an den Kantonstierarzt weiter.

² Der Kontrolltierarzt hat eine Untersuchung durchzuführen, wenn

- a. sich ein Abort in einem Händlerstall ereignet oder
- b. ein Abort während der Alpung eintritt oder
- c. im gleichen Klautierbestand mehr als ein Tier innert vier Monaten verwirft.

E. Tierseuchenfonds**Art. 40***Speisung des Tierseuchenfonds*

In den Tierseuchenfonds fliessen:

- a. die Zinsen des Fonds;
- b. der Nettoertrag der Verkehrsscheine;
- c. der Nettoertrag der von den Haltern pro Tier zu entrichtenden Beiträge (Viehsteuer);
- d. die von den Viehhändlern zu entrichtenden Taxen und Gebühren;
- e. die Beiträge der Geflügel- und Bienenhalter;
- f. Beiträge des Kantons, sobald der Fonds unter 1 Million Franken fällt.

Art. 41*Beiträge, Taxen und Gebühren*

Der Regierungsrat setzt die Höhe der zugunsten des Tierseuchenfonds zu entrichtenden Beiträge, Taxen und Gebühren innerhalb der durch das Bundesrecht und die interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel¹⁾ gesetzten Grenzen fest.

Art. 42*Beiträge an Tierverluste*

¹ An Tierverluste durch Seuchen leistet der Kanton aus dem Tierseuchenfonds gemäss Abschnitt V TSG Beiträge.

² Unter Anrechnung eines allfälligen Verwertungserlöses betragen die Entschädigungen an die Vieheigentümer in der Regel 90 Prozent des Schätzungswertes.

¹⁾ GS IX D/631/3

³ Der Regierungsrat ist ermächtigt, die Entschädigungspflicht weiter auszudehnen, sofern der Bund Beiträge an die Kosten ausrichtet.

⁴ Eine allfällige Einschränkung der Entschädigungspflicht wird gemäss Artikel 34ff. TSG geregelt.

Art. 43

Schätzungen

¹ Zur Bemessung der Entschädigungen für Tierverluste ist in der Regel eine Schätzung der Tiere bzw. Bestände durch die Schätzungskommission vorzunehmen.

² Für umgestandene oder notgeschlachtete Tiere, welche einer Viehversicherung unterstehen, gelten die Schätzungen der Viehversicherungen, soweit sie mit den vom Bundesamt für Veterinärwesen für die Einschätzung der Tiere erlassenen Richtlinien vereinbar sind.

³ Über die Schätzungen ist ein Protokoll auf amtlichem Formular zu erstellen, das von den Schätzern zu unterzeichnen ist.

Art. 44

Tragung der Kosten für Bekämpfungsmassnahmen

¹ Der Kanton übernimmt zu Lasten des Tierseuchenfonds die Kosten für die aufgrund der Tierseuchengesetzgebung amtlich angeordneten Bekämpfungsmassnahmen gegen Tierseuchen, soweit sie nicht Sache des Bundes sind.

² Auf Schutz- und Heilimpfungen sowie andere prophylaktische und therapeutische Behandlungen findet diese Bestimmung nur Anwendung, wenn sie die Verhütung oder Verminderung von Schäden bezwecken, die gemäss Artikel 42 zu decken sind.

³ An andere Impfungen kann der Regierungsrat Beiträge sprechen.

⁴ Die Gemeinden tragen die Kosten für diejenigen Massnahmen, welche weder beitragsberechtigt noch Sache der Tierhalter sind.

F. Straf-, Vollzugs- und Schlussbestimmungen

Art. 45

Vergehen und Übertretungen

¹ Wer Artikel 8 Absatz 1 dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird mit Bussen von 200 bis 2000 Franken bestraft.

² Vorbehalten bleiben die Strafbestimmungen des TSG.

Art. 46*Rechtsschutz*

¹ Der Rechtsschutz richtet sich unter Vorbehalt der folgenden Abweichungen nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz¹⁾.

² Gegen Verfügungen des Kantonstierarztes, der Gemeinderäte sowie der übrigen tierseuchenpolizeilichen Organe kann beim Departement Beschwerde erhoben werden.

³ Beschwerdeentscheide des Departements unterliegen nach Massgabe des Verwaltungsrechtspflegegesetzes unmittelbar der Beschwerde an das Verwaltungsgericht.

Art. 47*Vollzug*

¹ Der Regierungsrat ist mit dem Vollzug beauftragt.

² Er wird ermächtigt, Vollzugsvorschriften zu Erlassen des Bundes über die Bekämpfung von Tierseuchen und Tierkrankheiten zu erlassen und Massnahmen gegen Krankheiten zu treffen, welche die Gesundheit des Menschen bedrohen oder von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung sind.

Art. 48*Übergangsbestimmung*

Die Kennzeichnungspflicht nach Artikel 37 gilt für Schafe, Ziegen und Schweine erst ab 1. Juli 1997.

Art. 49*Inkraftsetzung, Aufhebung bisherigen Rechts*

¹ Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1997 in Kraft.

² Mit Inkrafttreten dieser Verordnung wird die kantonale Verordnung vom 6. November 1968 zum Bundesgesetz vom 1. Juli 1966 über die Bekämpfung von Tierseuchen aufgehoben.

Änderung der Verordnung:

Anpassung gemäss Art. 34 Abs. 2 Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (GS II A/3/2): Art. 2, 4, 5 Abs. 4, 11, 35, 36, 46 Abs. 2 und 3 in Kraft ab LG 2006; zudem Anpassungen an geltendes Recht: Hinweise auf / Art. betr. Viehinspektoren aufgehoben (Art. 2, 3 Bst. b, 5 Abs. 3 Bst. a, 12 Bst. a, 13, 14, 15, 30 Abs. 3), Hinweise auf Verkehrsscheine aufgehoben (Art. 3 Bst. e, Art. 5 Bst. b) resp. durch den Begriff «Begleitdokument» ersetzt (Art. 22, 37 Abs. 3), Aufhebung des Viehversicherungsobligatoriums (Art. 21, 43 Abs. 2), Anpassung ans Bundesrecht (Art. 21, 37 Abs. 1)

¹⁾ GS III G/1

LR 7. Dez. 2005 (SBE 9. Bd.)
Art. 24 Abs. 3, 25, 25^a (n), 26 in Kraft ab 1. Januar 2006. – Vor dem 1. Januar 2006 geborene Hunde sind bis spätestens Ende 2006 zu kennzeichnen und zu registrieren. Nach dem 1. Januar 2006 geborene Welpen sind innerhalb dreier Monate mittels Chip zu kennzeichnen und zu registrieren.